

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich 30 Mk. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Wichtigste Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Reklametabelle im 20. Heft, die 4-spaltige Tabelle bei amtlichen Bekanntmachungen 60 Heft, die 3-spaltige Reklametabelle im letzten Teil 100 Heft. Nachdruckgebühr 20 Heft. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 255. — 84. Jahrgang. Teleg.-Abt.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, 31. Oktober 1925

„Klarer Tatbestand“

Die zweifellos infolge der Vorgänge um den Vertrag von Locarno bestehende innerpolitische Krise hat neue Beleuchtungen erfahren durch die soeben in Essen gehaltenen Rede des Reichskanzlers Dr. Luther, die durch verschiedene Parteienbeschlüsse. Von politischer Seite wird nun dazu geschrieben:

Ein süddeutsches Zentrumblatt schrieb vor kurzem, Dr. Luther und Dr. Stresemann hätten den Vertrag von Locarno unterschrieben, weil sie davon überzeugt waren, die Zusagen, die ihnen Briand gemacht hätte, würden zur Wirklichkeit. Wenn also diese Überzeugung eine Enttäuschung erfahre, müßte Briand, der von seinem Land dann im Stich gelassen würde, zurücktreten. Aber das gleiche müßten auch die beiden deutschen Minister tun und das Werk von Locarno wäre damit überhaupt erledigt.

Dr. Luther hat nun in einer bedeutungsvollen Rede, die er soeben in Essen auf der dortigen Medizinischen Woche hielt, diese Festlegung ausdrücklich ausgesprochen. In der Überzeugung, daß die Auswirkung des Friedensvertrages von Locarno rechtzeitig verwirklicht würde, sei die Unterzeichnung erfolgt. Dr. Luther sagte wörtlich: „Die politische Existenz der beiden deutschen Minister ist mit dieser Auffassung auf das engste verbunden.“ Das ist überaus eindeutig — wenn man nur erst wüßte, welche „Auswirkung“ denn nun von der Regierung als deutliches Lebensinteresse betrachtet und verwirklicht werden soll. Angeblich soll über die Abänderung des Besatzungsregimes am Rhein, nicht aber über eine Abföhrung der Besatzungsarmee verhandelt werden; Gegenstand zunächst einer Anfrage soll übrigens lediglich das Untersuchungsprotokoll von Genf, also die Militärkontrolle des Böhmerlandes über Deutschland, geworden sein. Dr. Luther hat jedenfalls in Essen erklärt, auf dem Gebiete der Rückwirkungen werde praktisch und intensiv weitergearbeitet; denn es müsse „ein klarer Tatbestand“ in dieser Frage herbeigeföhrt werden.

Auf diesen „klaren Tatbestand“ legt der Kanzler das größte Gewicht, weil nur dadurch „ein deutlicher Beweis für den Friedenswillen von Locarno“ geliefert werde. Das geht zweifellos an die Adresse der Gegenseite in Paris und London. Mit ein paar unverbindlichen Nebenbemerkungen, Versprechungen oder einem „wir werden schon alles mögliche tun, wenn ihr nur unterschreibt“ will sich Dr. Luther nicht zufrieden geben und — kann es auch gar nicht. Zum „klaren Tatbestand“ der Rückwirkungen gehört aber nicht — wie Dr. Luther ausdrücklich betonte — die etwaige Nämung Kölns.

Dr. Luther besprach auch Bestrebungen, aus der augenblicklichen politischen Konstellation irgendwelche Folgerungen weitgehendster Art zwecks Umgestaltung der gesamten Innenpolitik zu ziehen. Es käme zurzeit lediglich auf das außenpolitische Problem an, das heute und bis zum 1. Dezember die alleinige Schicksalsfrage des deutschen Volkes darstelle, jenseits aller parteipolitischen Gebundenheiten. Er will also offenbar — wenn die Rückwirkungen wirklich klarer Tatbestand werden sollten — den Reichstag über das Ja oder Nein der Unterschrift entscheiden lassen, ohne vorherige Abmachungen mit irgendwelchen Parteien. Die Sozialdemokratie hat soeben nach einer Sitzung des Vorstandes der Reichstagsfraktion parteiamtlich erklärt, daß sie in ihrer scharfen Opposition zu Luther verharren und nicht einfach den Vertrag ratifizieren wolle, sondern den Wahl des Reichstages verlange. Gleichzeitig soll die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich am 6. November darüber schlüssig werden, ob sie den kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages unterstützen und damit durchführen wolle. Der Vorstand der kommunistischen Reichstagsfraktion hat den Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion nämlich ersucht, den kommunistischen Antrag zur sofortigen Einberufung des Reichstages zu unterstützen, da dieser Antrag vom stellvertretenden Reichstagspräsidenten Nießer wegen nicht genügender Unterstützung zurückgewiesen wurde. Wird der Antrag auf Einberufung von einem Drittel der Reichstagsabgeordneten gestellt, muß ihm nachgegeben werden. Übrigens scheint bei den Parteien keine Lust zu bestehen, den Wahlkampf etwa vor dem 1. Dezember zu entlassen, da man ja nicht übersehen könne, ob die Regierung überhaupt bis dahin die Annahme des Vertrages vom Reichstag fordere. Erst müssen sich die Dinge völlig geklärt haben, ehe man die entscheidende Frage an den Reichstag oder — an das deutsche Volk stellen könne.

Der deutsche Außenminister Dr. Stresemann soll, wie die englische Presse berichtet, im Ausland erklären lassen, daß die deutsche Regierung entschlossen sei, den Vertrag durchzuführen, vorausgesetzt natürlich, daß die Zugeständnisse der Gegenseite sanktioniert und für verbindlich erklärt werden. Nur noch einen Monat ist Zeit dafür, daß die Entente durch die Tat diese Annahme ermöglicht.

Das neue französische Kabinett.

Briand wieder Außenminister.

Der Rud nach links.

Painlevé ist die Bildung eines neuen Kabinetts gelungen, dessen Zusammensetzung folgende ist: Ministerpräsident und Finanzminister: Painlevé. Das Finanzministerium ist getrennt worden in ein Schatzministerium das Ministerpräsident Painlevé leitet, und in ein Finanzministerium für Budgetfragen, an dessen Spitze der Unterstaatssekretär Bonnet tritt. Justiz: Chaumeyr (radikal), Außenminister: Briand (Soz.-Repl.), Innenministerium: Estramad (Senator, radikal), Krieg: Daladier (radikal), Marine: Borel (radikal), Öffentliche Arbeiten:



Briand.

Painlevé.

De Monzie (radikal), Unterricht: Delbos (radikal), Landwirtschaft: Jean Burand (radikal), Handel: Leon Perrier (Senator, radikal), Kolonien: Daniel Vincent (radikal), Pensionen: Antoin (Soz.-Repl.), Arbeitsminister: Duraour (radikal), Unterstaatssekretariate: Besrette Gebiete: Schmidt, Luftschiffahrt: Laurent Eynas, Techn. Unterricht: Benazet, Handelsmarine: Danielon, Unterstaatssekretariat beim Ministerpräsidentium: Berthod (radikal).

Das Kabinett enthält einen großen Teil der bisherigen Minister und Unterstaatssekretäre sowie mehrere Politiker, die dem Kabinett Herriot angehört haben und im April zusammen mit Herriot zurückgetreten sind. Die Zusammenfügung des neuen Kabinetts Painlevé markiert einen Rud nach links, der allerdings nicht so groß ist, wie ihn die Sozialisten erhofft hatten. Ausgeschlossen sind lediglich Finanzminister Caillaux und dessen Freunde Hesse und Laval. Durch die Ausschiffung von Caillaux wird das Risiko seiner Finanzpolitik öffentlich dokumentiert. Die französische Regierung will dem Verfall des Frank mit neuen Experimenten zu Leibe gehen; darauf deutet einmal die Neuteilung der französischen Finanzverwaltung hin, zum anderen beabsichtigt Painlevé aber auch, das Amt des Gouverneurs der Bank von Frankreich mit einem neuen Mann, und zwar mit dem ehemaligen Handelsminister Chaumet, zu besetzen.

Von besonderer internationaler Bedeutung ist die Wiederbesetzung des französischen Außenministeriums mit Briand. Der außenpolitische Kurs des neuen Kabinetts Painlevé wird demnach nicht geändert werden. Auch dieses Kabinett Painlevé wird für

den Vertrag von Locarno, insbesondere aber für die deutschen Delegation mündlich gegebenen Zusicherungen vor Besatzungsvereinfachungen eintreten müssen.

Ein deutscher Schritt bei den Alliierten. — Die Verhandlungen über die Rückwirkungen.

Berlin, 30. Oktober. Wie von unterrichteter Seite verlautet, wurde auf einstimmigen Beschluß des Reichskabinetts hin am Mittwoch in Paris, Brüssel, London und Rom eine Demarche der deutschen Regierung durchgeführt, um den alliierten Mächten mitzuteilen, daß das Kabinett, trotzdem es durch das Ausschleiden von drei Ministern äußerlich auf eine andere Grundlage gestellt sei, die bisherige Politik fortsetzen werde. In diesem Zusammenhange wird darauf hingewiesen, daß eine solche Erklärung keineswegs gleichbedeutend mit der unbedingten Annahme des Vertrages von Locarno sei, vielmehr mache das Kabinett die Unterschrift davon abhängig, daß die Rückwirkungen pünktlich im entsprechenden Maße eintreten werden.

Sven Hedin gegen die Kriegsschuldfrage.

Karlsruhe, 30. Oktober. Im Laufe des Festmahls zur Hundertjahrfeier der Technischen Hochschule Karlsruhe ergriff nach einer Begrüßungsansprache des Rektors und nach den Ausführungen des badischen Staatspräsidenten Dr. Hellpach, von stürmischem Beifall begrüßt, Sven Hedin das Wort und führte unter anderem aus: Es ist mir aufgefallen, daß es im deutschen Volke von Jahr zu Jahr weiter aufwärts geht. Ein solch arbeitsames und strebames Volk, wie das deutsche, muß eine große Zukunft haben. Meines Erachtens ist die Erpressung des Schuldbekenntnisses die verruchteste und grauhafteste Tat der neuen Geschichte, aber gegen das Beginnen, das deutsche Volk vor der Welt als schuldig am Ausbruch des Weltkrieges hinzustellen, setzt jetzt eine kräftige Reaktion in der ganzen Welt ein. Ich habe das auch im vergangenen Jahre im fernem Osten, in China und in der Mongolei gehört. Die Wahrheit ist auf dem Marsche. Die Deutschen brauchen sich ihrer Niederlage angesichts der gewaltigen Uebermacht, der sie gegenüberstanden, nicht zu schämen. Ich glaube, daß eine neue Generation des deutschen Volkes die große Zeit des Krieges und seiner Entbehrungen erst recht zu würdigen weiß. Auch die Verputzelung der Grenzen des deutschen Reiches ist ein Verbrechen gegen das Deutschland. Dieses Verbrechen muß ohne Krieg wieder gut gemacht werden. Sven Hedin schloß mit dem Satz Felix Dahms: Die Zukunft gehört den Germanen.

Schwierige Lage der französischen Truppen in Syrien.

Eigener Fernsprekdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 30. Oktober. Nach einer Meldung aus Beirut ist eine Kolonne unter dem Kommando des Generals Gamelin, bestehend aus drei Regimentern Infanterie, Kavallerie und Artillerie, die sich auf dem Vormarsch gegen die Druzen befand, zum Rückzug nach Damaskus gezwungen worden. Während des Rückmarsches, den sie durch die forliche Kiste zu nehmen gezwungen war, wurde sie von Beduinen und einem Teil der Bevölkerung von Damaskus überfallen und umzingelt. Nach einer Meldung aus Damaskus konnten sich 3000 Mann der Kolonne Gamelin nach Damaskus durchschlagen. Weiter wird gemeldet, daß ein Abgesandter Painlevés in Damaskus eingetroffen ist.

Generalleutnant Müller tödlich verunglückt.

Jüterbog, 29. Oktober. Auf dem diesigen Truppenübungsplatz ist heute mittag Generalleutnant Müller tödlich verunglückt.

Der General leitete eine gemein. me Scharschießübung von Infanterie und Artillerie, wobei schwere Maschinengewehre, hinter der Infanterie aufgestellt, diese überhießen. Ein wahrscheinlich mit zu geringer Pulverladung versehenes Maschinengewehr schloß sich in die Gruppe der beobachtenden Offiziere und traf Generalleutnant Müller. Das Geschöß durchschlug die rechte Hüfte und blieb im Unterleib stecken, wodurch der sofortige Tod herbeigeföhrt wurde.

Amlich wird über den tragischen Tod des Generals berichtet:

Der Unglücksfall, dem der Befehlshaber im Wehrkreis IV, Generalleutnant Müller, gestern auf dem Truppenübungsplatz Jüterbog zum Opfer fiel, hat sich folgendermaßen zugetragen: Am 29. Oktober in den ersten Nachmittagsstunden fand eine Übung gemischter Waffen mit scharfem Schuß statt. Bei dieser Übung überhießen jenerwärts — rückwärts in Stellung befindliche schwere Maschinengewehre die vordere Linie. In vorderster Linie der an-

greifenden Infanterie befanden sich die Übungsleitung und die übrigen der ihnen betrocknenden Offiziere, mitten unter ihnen Generalleutnant Müller. Die Entfernung, aus der die schweren Maschinengewehre die Infanterie überhießen, betrug über 1000 Meter. Pöflich trach Generalleutnant Müller, an der Seite getroffen, zusammen und verschick sofort. Der an Ort und Stelle anwesende Sanitätsoffizier stellte fest, daß ein S.M.G.-Geschöß aus weiter Entfernung die Hauptschlagader durchschlugen und den sofortigen Tod herbeigeföhrt hatte. Ein Verwundeter an dem Unglücksfälle ist nach den bisherigen Feststellungen niemandem beizumessen, da alle für derartige Schießübungen notwendigen und vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden waren. Sachverständige nehmen an, daß eine mit zu schwerer Pulverladung versehene Patrone den verhängnisvollen Ausschuß abgab.

Von unterrichteter Seite wird noch mitgeteilt: Der Übung wohnten als Zuschauer eine große Anzahl Generale, Truppenführer, u. a. auch Reichswehrminister Gehler bei. Die Zuschauer standen in Gruppen seitlich. Maschinengewehre schossen durch die Gruppen und über die vordere Gruppe hinweg. Der Unglücksfall ist nur dadurch zu erklären, daß ein Geschöß der Maschinengewehre, sei es durch Ausschlagen, sei es durch Verührung